



Öffentliche Konsultation „Modernisierung und Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik“

WICHTIGE PUNKTE

Ausgangszahlen:

322 916 Einreichungen (darunter große öffentliche Kampagnen)

1 423 Positionsbeiträge

58 520 Antworten auf den Online-Fragebogen:

- o **21 386 Landwirte (36,5 %)**
- o **27 893 andere Bürger (47,7 %)**
- o **9241 Organisationen (15,8 %)** (darunter private Unternehmen, Behörden, Gewerbe-, Wirtschafts- und Berufsverbände, nichtstaatliche Organisationen und Plattformen sowie Einrichtungen im Bereich Forschung und Wissenschaft).

Großes öffentliches Interesse an den Themen Landwirtschaft, ländliche Gebiete und GAP

Die öffentliche Konsultation zum Thema „Modernisierung und Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik“ bestätigt das große öffentliche Interesse an den Themen Landwirtschaft, Ernährung und GAP: Die **322 916 Einreichungen** umfassen u. a. groß angelegte Kampagnen und **58 520 Antworten auf den Online-Fragebogen** von Einzelpersonen und Organisationen sowie **1423 Positionsbeiträge**.

Dieser Grad der Teilnahme übertrifft die Erwartungen und übersteigt bei Weitem die Teilnahmequote der Unionsbürger an vorhergehenden Konsultationen zur Zukunft der GAP (die öffentliche Debatte 2010 erreichte 5700 Einreichungen).

Vor allem jedoch gelang es der Europäischen Kommission mit dieser öffentlichen Konsultation, das **weitestmögliche Spektrum an Ansichten und Bedenken** in Bezug auf die EU-Landwirtschaft einzuholen und **die Debatte über die GAP auf die breite Öffentlichkeit auszuweiten**.

Dieses weitreichende gesellschaftliche Interesse zeigt wieder einmal, dass die Themen

Landwirtschaft und GAP die gesamte europäische Gesellschaft betreffen und dass die Auswirkungen der GAP weit über die Agrargemeinschaft hinausgehen.

Beibehaltung einer starken Gemeinsamen Agrarpolitik auf EU-Ebene

Das Ergebnis der öffentlichen Konsultation zeigt ein großes Interesse an der Beibehaltung einer **gemeinsamen EU-Politik für die Bereiche Landwirtschaft und ländliche Entwicklung**. Was den **EU-Mehrwert der GAP** anbelangt, zeichnet sich ein Konsens ab.

Die Notwendigkeit der Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt und die Existenz grenzüberschreitender Herausforderungen wie Ernährungssicherheit, Umwelt oder Klimawandel (mit einer positiven Antwort von über 90 % der Befragten) kristallisieren sich als zentrale Gründe für die Rechtfertigung einer gemeinsamen Agrarpolitik auf EU-Ebene heraus. Weitere Begründungen umfassen den Bedarf an einem gemeinsamen Standpunkt auf internationaler Ebene (83 %), den Bedarf an der Erhaltung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der gesamten EU (86 %) sowie den Bedarf an einem gemeinsamen Rahmen für den Austausch bewährter Verfahren (91 %). Auch ein gemeinsamer Haushalt wird weitgehend befürwortet, da diese Lösung als effizienter erachtet wird (62 %).

Die verschiedenen Interessenträger sind sich außerdem darüber einig, dass es sich bei der EU um die geeignete Entscheidungsebene handelt, um den Klimawandel einzudämmen und sich den Auswirkungen des Klimawandels anzupassen (85 %), um zu einem hohen Umweltschutzniveau in der gesamten EU beizutragen (73 %), Marktunsicherheiten zu beseitigen (67 %) und die Versorgung mit gesunden und hochwertigen Erzeugnissen zu fördern (62 %). Was die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für die Landwirte, die Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen und die Entwicklung ländlicher Gebiete anbelangt, gehen die Ansichten der Landwirte und der anderen Bürger auseinander.

Während Einigkeit darüber besteht, dass EU-Maßnahmen erforderlich sind (und die Renationalisierung der Politik deutlich abgelehnt wird), sind organisierte Interessenträger, was die klare Zuweisung von Verantwortlichkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten betrifft, unterschiedlicher Auffassung: Einige Interessenträger fordern mehr Flexibilität auf nationaler/regionaler Ebene für die Anpassung der Politikumsetzung an ihre konkreten lokalen Bedürfnisse, andere Organisationen wiederum fordern größeres Engagement auf EU-Ebene zur Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen.

Bestätigung bevorstehender Herausforderungen

Die öffentliche Konsultation stellt den **angemessenen Lebensstandard für die Landwirte, die Belastung der Umwelt und den Klimawandel (Eindämmung und Anpassung)** als die drei dringendsten Herausforderungen heraus, die die Landwirtschaft und die ländlichen Gebiete in der EU zu bewältigen haben.

Gleichzeitig zeigt sie ein starkes öffentliches Bewusstsein für das niedrigere landwirtschaftliche Einkommen im Vergleich zum EU-Durchschnitt (88 %), für die Tatsache, dass die Landwirte nur einen geringen Anteil an den von den Verbrauchern gezahlten Preisen erhalten (97 %) und für die strengeren Produktionsanforderungen in der EU im Vergleich zu außerhalb der EU (87 %). Der Zugang zu Land und geringe Rentabilität werden eindeutig als

die größten Hindernisse angesehen, wenn es um die Entscheidung geht, Landwirt zu werden.

Was die konkreten ökologischen Herausforderungen betrifft, räumen die Befragten (sowohl Landwirte als auch Nicht-Landwirte) dem Schutz der biologischen Vielfalt, der Verringerung der Bodenbelastung und der nachhaltigeren Verwendung von Pestiziden und Düngemitteln eine klare Priorität ein.

Notwendigkeit einer einfacheren und wirksameren Politik

Die Teilnehmer der öffentlichen Konsultation sind der Ansicht, dass die aktuelle **GAP diese Herausforderungen nur zum Teil erfolgreich bewältigt (57 %)**. Diese Ansicht wird von verschiedenen Arten von Befragten geteilt (Landwirte, andere Bürger und Organisationen).

Alle Arten von Befragten (Landwirte, andere Bürger und Organisationen) antworten ebenfalls negativ bei der Einschätzung, inwieweit die aktuelle GAP die ökologischen Herausforderungen bewältigt (63 %).

Das Übermaß an Bürokratismus und fehlende Aufmerksamkeit, was die Nachhaltigkeit anbelangt, werden häufig als die Hauptprobleme/Haupthindernisse herausgestellt, die dazu führen, dass die aktuelle Politik ihre Ziele nicht erfolgreich verwirklichen kann. Gleichzeitig werden die Ökologisierung, Beihilfeanträge und Kontrollen als die komplexesten Elemente bzw. die Elemente, die mit dem größten Aufwand verbunden sind, empfunden. Die Aufforderung zur Verringerung des Verwaltungsaufwands ist eine generelle Forderung in den Beiträgen, die von Landwirten und öffentlichen Verwaltungen eingereicht wurden.

Unterschiedliche Wahrnehmung der Wirtschaft und Umwelt ...

Bei der Frage nach den **Beiträgen der Landwirte zu unserer Gesellschaft** kristallisieren sich gegensätzliche Ansichten heraus: Landwirte sehen sich selbst in der Verantwortung, was die Versorgung mit gesunden, sicheren und vielseitigen Erzeugnissen sowie die Gewährleistung, dass ausreichend Lebensmittel zur Verfügung stehen, anbelangt. Die anderen Bürger sehen ebenfalls die Landwirte als die Lieferanten von gesunden und sicheren Erzeugnissen. Diese produktive Rolle geht jedoch Hand in Hand mit der Verantwortung, die Umwelt zu schützen sowie Tiergesundheit und Tierschutz sicherzustellen.

Diese unterschiedlichen Ansichten zeichnen sich auch bei der Definition der **Ziele der GAP** ab: Während die Landwirte den Schwerpunkt auf die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für sich legen, widmen die anderen Bürger der Versorgung mit gesunden und hochwertigen Erzeugnissen sowie dem Beitrag zu einem hohen Umweltschutzniveau größere Aufmerksamkeit.

Die Befragten sind außerdem unterschiedlicher Ansicht, wenn es um die Prüfung der Rolle der GAP gegenüber den **10 Prioritäten der Kommission für 2014-2020** geht: Während die Landwirte der Ansicht sind, dass die GAP mehr für die Förderung von Investitionen, Wachstum und Beschäftigung sowie die Stärkung des EU-Binnenmarktes tun sollte, lenken die anderen Bürger die Aufmerksamkeit auf die Eindämmung des Klimawandels, die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels und die Bereitstellung erneuerbarer Energie.

... sowie neue gesellschaftliche Bedürfnisse

Neben den bereits bekannten wirtschaftlichen und ökologischen Zielen bestätigt die öffentliche Konsultation hingegen die Forderung, neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Tierschutz, biologische Landwirtschaft und Qualitätserzeugnisse werden als neue Ziele der GAP gefordert. Verbraucherschutz und die Aufnahme von Gesundheitsstandards erscheinen ebenfalls in den schriftlichen Beiträgen, die von den nicht-landwirtschaftlichen Teilnehmern und bestimmten Interessenträgern eingereicht wurden.

Einigkeit bei der Forderung nach einer modernen und einfacheren GAP

Die Befragten der öffentlichen Konsultation stimmen darin überein, dass es erforderlich ist, Landwirten Einkommensbeihilfen bereitzustellen (66 %), dass es notwendig ist, die Position der Landwirte in der Wertschöpfungskette zu verbessern (96 %), dass gezielte Investitionen gefördert werden müssen (81 %) und dass die Agrarpolitik im Bereich Umwelt und Klima größeren Nutzen bringen muss (77 %).

Bei der Frage, welche Kriterien bei der Zuweisung von Direktzahlungen angewendet werden sollten, räumen die Landwirte Ausgleichszahlungen für landwirtschaftliche Tätigkeiten in Gebieten mit naturbedingten Benachteiligungen/Gebieten mit hohem Naturschutzwert, der Begrenzung der Förderung für große Betriebe („Deckelung“) und der Unterstützung von Junglandwirten eine klare Priorität ein. Die anderen Bürger sind der Ansicht, dass Verfahren mit dem größten ökologischen Nutzen sowie Kleinerzeuger Aufmerksamkeit bei der Zuweisung von Direktzahlungen verdienen.

Wasser (Qualität und Quantität), Bodenschutz und biologische Vielfalt kristallisieren sich eindeutig als die wichtigsten ökologischen Ziele im Rahmen der GAP heraus. Parallel dazu werden die Senkung der Treibhausgasemissionen, die Kohlenstoffspeicherung und -bindung, die Anpassung an den Klimawandel sowie die Diversifizierung der landwirtschaftlichen Systeme als die wichtigsten Maßnahmen zur besseren Bewältigung des Klimawandels angesehen. In diesem Bereich stimmen die Landwirte weitgehend darin überein, dass die GAP einfacher wäre, wenn bei den Umweltmaßnahmen mehr Wahlmöglichkeiten eingeräumt würden.

Was abschließend konkrete Vorschläge zur Vereinfachung anbelangt, herrscht ganz klar Einigkeit unter den Interessenträgern über die positiven Auswirkungen der Verringerung von Überschneidungen zwischen der ländlichen Entwicklung und anderen Maßnahmen der GAP (69 %), der besseren Nutzung von Datenbanken und Technologien (Fernerkundung, Smartphones), um die Häufigkeit der Kontrollen landwirtschaftlicher Betriebe zu verringern (62 %), und der umfassenderen Nutzung von Instrumenten für elektronische Behördendienste (e-Government) (63 %).

Nächste Schritte

Antworten auf die öffentliche Online-Konsultation sowie eine Zusammenfassung der Ergebnisse der offen zugänglichen öffentlichen Konsultation werden veröffentlicht unter:

https://ec.europa.eu/agriculture/consultations/cap-modernising/2017_de

Das Ergebnis der öffentlichen Online-Konsultation wird zusammen mit anderen Konsultationsaktivitäten in die Mitteilung zum Thema „Modernisierung und Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik“ sowie in die Folgenabschätzung in Bezug auf die Zukunft der GAP einfließen.

Die im Rahmen der öffentlichen Konsultation erhaltenen Beiträge sind nicht als der offizielle Standpunkt der Europäischen Kommission und ihrer Dienststellen zu betrachten.